

Prüfungsfach	Examinator	Fragestellung	Antwort
ZPO/SchKG	Brönimann	<p>SV: Ehepaar lässt sich scheiden (Konvention; Güterrecht und Alimente). Nach einiger Zeit stellt sich heraus, dass die Ehefrau X dem Ehemann Y Vermögenswerte im Betrag von CHF 1. Mio. verheimlicht hat. Sie sind der Anwalt von Y. Vorgehen?</p> <p>Ist diese Norm einschlägig?</p> <p>Geht das vorliegend?</p> <p>Liegt denn eine absichtliche Täuschung vor?</p> <p>Was könnte vorliegend problematisch sein?</p> <p>An welche Behörde müsste man gelangen?</p> <p>Form?</p> <p>Welche Fristen gilt es zu beachten?</p> <p>Reicht im Gesuch die SV Darstellung aus?</p> <p>Wann ist ein Vertrag unwirksam?</p> <p>Was muss weiter beachtet werden?</p> <p>Wie würde sich das Ganze verhalten, wenn es sich um eine Kampfscheidung gehandelt hätte?</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Scheidungsurteil kann abgeändert werden, wenn sich die Umstände massgeben geändert haben (Art. 129 ZGB). - Nein, da sich die Situation nicht geändert hat, sondern bereits so bestand und die Vermögenswerte verheimlicht wurden. Man müsste folglich den Weg über die Revision nehmen (Art. 328 ZPO). - Die Scheidungskonvention ist ein gerichtlicher Vergleich und somit ein rechtskräftiger Entscheid. Dabei kann geltend gemacht werden, dass der gerichtliche Vergleich gestützt auf absichtliche Täuschung unwirksam ist (Art. 328 Abs. 1 lit. c ZPO). - Die absichtliche Täuschung ist in Art. 28 OR geregelt. - Fraglich ist, ob eine Täuschungshandlung vorliegt, da das Verschweigen keine eigentliche Handlung ist. Vorliegend ist dies jedoch zu bejahen, da bei der Scheidungsverhandlung eine umfassende Aufklärungspflicht betreffend die Vermögenswerte besteht. - An die letzte Instanz, die in der Sache entschieden hat (Art. 328 Abs. 1 ZPO). - Gesuch (Art. 329 ZPO). - Die absoluten Verjährungsfristen und die 90T Frist von Art. 329 ZPO. - Nein. Das Gesuch muss Anträge enthalten, wie der neue Entscheid lauten soll. - Die Unverbindlichkeit eines Vertrages ist in Art. 23 OR geregelt, was zu beweisen ist. - Art. 31 OR. Man muss aufpassen, dass der Vertrag nicht als genehmigt gilt. Man muss deshalb der Gegenpartei anzeigen, dass man den Vertrag nicht einhalten will. - Anderer Revisionsgrund, da Art. 328 Abs. 1 lit. c entfällt. Wohl würde lit. a gehen, da der SV wohl unter unechte Noven subsumiert werden könnte. -

		<p>Was ist zu tun, wenn man unsicher ist, ob die Million noch vorhanden ist?</p> <p>Gibt es weitere Möglichkeiten?</p> <p>Welcher lit. müsste man heranziehen?</p> <p>Wären die Voraussetzungen vorliegend erfüllt?</p> <p>Was gilt es noch zu beachten?</p>	<ul style="list-style-type: none">- Man könnte ein Auskunftsbegehren stellen oder neue Beweismassnahmen beantragen, damit darüber Beweis geführt werden könnte.- Vorsorgliche Beweisführung (Art. 158 ZPO).- Lit. b- Ja. Die Gefährdung der Beweismittel könnte sicher geltend gemacht werden und das Schutzwürdige Interessen auch, da mir sonst die Möglichkeiten fehlen, meine Interessen geltend zu machen.- Die Fristen.
--	--	--	---

Prüfungsfach	Examinator	Fragestellung	Antwort
Strafprozessrecht	Grädel	SV: X wird vom Gerichtspräsident Mittelland von der sexuellen Nötigung freigesprochen, jedoch ergeht ein Schuldspruch wegen Vergewaltigung (22 Monate unbedingte Haft).	
		Kann der PK gegen dieses Urteil Berufung einlegen, wenn er eine höhere Strafe will?	- Nein. Nichteintretensentscheid mangels schutzwürdigem Interessen.
		Weshalb?	- Betreffend die Sanktionen hat der PK keinen Nachteil. Die Strafsanktion liegt beim Staat.
		Ist dem auch so, wenn trotz Schuldspruch keine Strafe ausgesprochen wurde (Schuldspruch mit Umgang der Strafe)?	- Das wäre auszulegen. Wohl sind beide Ergebnisse möglich.
		Wie wäre verfahrensmässig als Präsident des OGer damit umzugehen, wenn der PK Berufung einlegen würde?	- Sofort einen Nichteintretensentscheid fällen.
		Wie steht es mit dem rechtlichen Gehör?	- Das geht, wenn der Entscheid offensichtlich ist.
		Schauen sie sich mal Art. 403 Abs. 2 StPO an.	- Ok, das rechtliche Gehör muss gewahrt bleiben. Das Gericht gibt den Parteien die Möglichkeit zur Stellungnahme.
		Der Beschuldigte und die STAWA legen Berufung ein (Freispruch vs. zusätzlich sexuelle Nötigung). Vorgehen?	- Somit würden zwei selbständige Berufungen vorliegen. Man müsste also schauen welche Punkte angefochten werden. Das was nicht angefochten wird kann in Rechtskraft erwachsen. Man müsste also die Berufungen der jeweiligen Gegenpartei zustellen und sie auffordern, zu den Anträgen und Beweisanträgen Stellung zu nehmen.
		Innert welcher Frist müsste man allenfalls auf eine Berufung des PK reagieren?	- 20T (Art. 400 Abs. 2 StPO).
		Unter Berufung auf welchen Grund?	- Prozessvoraussetzungen nicht vorhanden (403 Abs. 1 lit. c).
		Was muss innert der gleichen Frist getan werden?	- Anschlussberufung.
		Was ist, wenn der Beschuldigte vor Berufungsverhandlung verstirbt?	- Einstellen, da Verfahrensvoraussetzungen fehlen (Art. 319)
		Was ist die Anschlussberufung genau?	- Ein taktisches Instrument. Insb. der STAWA.
		Was passiert bei Rückzug der Hauptberufung?	- Wegfall der Anschlussberufung.

Würde die Anschlussberufung vorliegen Sinn machen?

Wie ist es betreffend die Kosten, wenn der Beschuldigte abermals von der sex. Nötigung freigesprochen wird?

Könnte die STAWA in der Anschlussberufung geltend machen, dass auch bei einem Freispruch von der sexuellen Nötigung, der Beschuldigte einen Teil der Kosten zu tragen hat?

Kann die STAWA, wenn sie einen Schuldspruch wegen sexueller Nötigung beantragt, 28 Monate unbedingt beantragen?

- Für den Beschuldigten nicht. Für die STAWA könnte es sinnvoll sein, da sie noch nicht weiss, dass der Beschuldigte Berufung einlegen wird.
- Der Beschuldigte erhält eine Entschädigung.
- Ja, dies ist grds. möglich.
- Damit würde sie mehr fordern als im erstinstanzlichen Verfahren. Käme es zu einem Schuldspruch in diesem Umfang, würde dies bedeuten, dass der erstinstanzliche Einzelrichter seine Kompetenz überschritten hätte bzw. nicht zuständig gewesen wäre. Deshalb sollte sie nicht mehr fordern.

Prüfungsfach	Examinator	Fragestellung	Antwort
Bern. Staats- und Verwaltungsrecht	Nuspliger	<p>SV: EG Thun ist Eigentümerin einer Parzelle. Sie räumt auf dieser Parzelle der X AG ein Baurecht ein. 3 Monate später beginnt diese zu bauen. Während der Bauphase wurden archäologisch wertvolle Gegenstände gefunden. Die Parzelle war diesbezüglich in keinem Inventar gelistet. Die Hälfte der Kosten für eine wissenschaftliche Untersuchung der Ausgrabungen soll nun die EG Thun bezahlen. Sie sind der Anwalt der EG Thun, was tun sie?</p> <p>Welches Gesetz würden sie konsultieren?</p> <p>Was sind die Voraussetzungen für eine solche Beteiligungspflicht?</p> <p>Was würden sie also als Anwalt tun?</p> <p>Hätte man damit Erfolg?</p> <p>Was könnten Sie sonst noch tun?</p> <p>Zuständige Instanz?</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Bei der Aufforderung sich an den Kosten zu beteiligen handelt es sich um eine behördliche Verpflichtung, die sich auf öffentliches Recht stützt. Es handelt sich somit um eine Verfügung. - Das Denkmalpflegegesetz. Der SV fällt in den Anwendungsbereich von Art. 2. DPG. Gemäss Art. 24 Abs. 3 können Gemeinden an den Kosten von solchen Untersuchungen im Rahmen von 10 bis 50 Prozent beteiligt werden, sofern das betreffende Grundstück in ihrem Eigentum steht, was vorliegend zutrifft. - Es muss in den finanziellen Möglichkeiten der Gde. liegen. Zudem wird vorliegend mit 50% die Möglichkeit der Beteiligung ausgeschöpft. Es ist fraglich ob dies verhältnismässig ist. Es wäre wohl noch die Verordnung zu konsultieren. - Es wäre zu prüfen, ob es möglich wäre, dass die Gde. gar nichts bezahlt oder ob sie allenfalls weniger bezahlen müsste. Dass sie nichts bezahlen müsste, müsste argumentiert werden, dass das Grundstück nicht in ihrem Eigentum liegt, was wohl schwierig wäre, da ein Baurecht bloss ein dingliches Recht ist oder dass sie die Untersuchung nicht verursacht hat, was wohl erfolgsversprechender wäre. Es könnte argumentiert werden, dass die Untersuchung durch den Bau der X AG verursacht wurde und nicht durch die Gde. - Wohl nicht, da die Gde. das Baurecht gegeben hat und sie somit auch vom Bauvorhaben wusste. - Man könnte argumentieren, dass die Gde. von den archäologischen Gegebenheiten keine Ahnung hatte. Hätte sie davon gewusst, hätte sie wohl kein Baurecht eingeräumt. Das Grundstück war ja nicht im Inventar. Dies ist nicht der Gde. anzurechnen. - Das DPG sieht keine Beschwerdeinstanz vor. Es ist deshalb grundsätzlich das Verwaltungsgericht des Kt. Bern zuständig, da es sich um eine Verfügung einer Direktion handelt.

Fall B: Zwei Gemeinden wollen fusionieren. Die eine Gde. ist im Kanton Bern, die andere im Kanton Freiburg. Was müssen sie beachten?

Was braucht es auf kommunaler Ebene?

Was ist Gegenstand der kant. Volksabstimmung?

Können die Kantone autonom entscheiden?

- Es sind zwei Kantone betroffen. In Bern braucht es eine kant. Volksabstimmung (Art. 61 Abs. 1 lit. d Verfassung des Kt. Bern).
- Die Zustimmung der Gemeinde (kommunale Abstimmung).
- Die interkantonale Vereinbarung.
- *Zeit abgelaufen.*

Prüfungsfach	Examinator	Fragestellung	Antwort
Steuerrecht	Häberli	<p><i>SV schriftlich ausgehändigt. Keine Verlesung.</i></p> <p>X verkauft als nat. Person an seine Tochter. Welche Steuern fallen bei ihm an?</p> <p>Und bei der Tochter?</p> <p>Wo ist diese geregelt?</p> <p>Und im Bund?</p> <p>Könnte Bern auf die Handänderungssteuer verzichten?</p> <p>Art. 12?</p> <p>Und was ist mit Art. 2?</p> <p>Welche Kosten sind relevant?</p> <p>Was zählt zu den Anlagekosten?</p> <p>Was muss dabei unterschieden werden?</p> <p>Das Gebäude wurde 2002 saniert. Was müssen sie beachten?</p> <p>Was versteht man unter der Dumont-Praxis?</p> <p>Was sind die Kriterien bzgl. „vernachlässigte Liegenschaft“?</p> <p>Bis wann galt die Dumont-Praxis?</p> <p><i>Es wird ein Blatt mit den effektiven Kosten/Ausgaben ausgehändigt. Es muss im Folgenden der steuerpflichtige Betrag ausgerechnet werden.</i></p> <p>Wie kann diese Steuerbelastung vermieden werden?</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Auf Stufe Bund keine, da kein TB der Einkommenssteuer. Auf kant. Ebene fallen bei ihm auch keine Steuern an. - Handänderungssteuer. - Art. 126 StG. - Nur im StHG - Nein. Das StHG sieht diese zwingend vor (Art. 12) - Ja, 12 und 72 StHG. - Findet natürlich auch Anwendung. - Der Erwerbswert und die Anlagekosten - <i>Wiedergabe von Art. 142 StG.</i> - Unterhaltskosten und wertvermehrnde Kosten - Die Dumont-Praxis - Instandstellungskosten einer vernachlässigten Liegenschaft sind in den ersten 5 Jahren nach dem Erwerb nicht zum Abzug berechtigt. - Es kam darauf an, wieviel sofort investiert werden musste. - 2009/2010 (<i>Korr. 1. Jan. 2010</i>). - Kann durch den Besitzesdauerabzug reduziert werden.

Berechnen sie diesen Abzug im vorliegenden Fall.

Bezieht sich der Abzug auf den gesamten Gewinn?

- Nein, vgl. Art. 144 Abs. 3